

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10gespalt. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonellzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inlerate v. ausm.: die 10gesp. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## 107 nationalsozialistische Abgeordnete und was nun?

# Die SA-Jungen erwachen

Adolf vergießt bittere Tränen — Die anderen kassieren Diäten mit „jüdischer Hast“ — Der Gernegroß im Luxuswagen — Frick und der Versailler „Schand“vertrag

### Gözendämmerung

„Opfern wir, damit es unsern Führern recht gut geht?“

Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief, den Berliner Nationalsozialisten, Angehörige der SA, versendet haben. In den SA-Abteilungen werden die proletarischen Elemente der Hitlerbewegung zusammengefaßt. Sie revoltieren gegen die großkapitalistischen Mägen der Hitler, Goebbels und Konforten. Der nachstehende Brief ist ein Zeichen für die Mißstimmung, die sich in diesen Kreisen ergeben hat. Dies um so mehr, da die durch die Werkkraft der SA-Abteilungen gewählten 107 Nazi-Abgeordneten Postives bisher nur im Sinne der Großkapitalisten zu erreichen vermochten. Der Brief wurde an Bielefelder SA-Leute gefandt. Er lautet wie folgt:

Berlin, den 12. Dezember 1930.

Hr. SA-Kameraden!

Die soeben beendete Tagung des Reichstages hat unsere Ausführungen im Schreiben vom 18. November so klar bestätigt, daß es klarer kaum noch möglich ist. 107 Abgeordnete haben wir nun schon glücklich — und was tun und erreichen sie? In den Reichstagsverhandlungen gebärden sie sich noch revolutionärer als revolutionäre; denn das macht ja einen so schönen und vorzüglichen Eindruck auf die Wähler und Pg., um so schneller legen sie aber ihre revolutionäre Miene — wie einen Anzug, den man wechselt — ab, wenn es an die Einkassierung der Diäten geht. Gar nicht schnell genug kann es gehen, wenn sie — fast ist man versucht, zu sagen, in „jüdischer Hast“ — zur Kasse eilen, um die Tagesgelder einzuhändigen und sich dann

in seinen Autos und in glänzend gearbeiteten Gesellschaftsanzügen in die besten Theater und Bars zu begeben.

Selbst hitlerische Zeitungen, wie „12-Uhr-Mittag“ vom 8. Dezember, machen sich schon darüber lustig, wie Dr. Goebbels sich in der Städtischen Oper amüsierte, während die Pg. am Rollendortplatz gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ demonstrierten.

Es muß doch zu schön sein, im Smoking auf den besten Rangplätzen den Bourgeois zu präsentieren und sich während der Pausen in den Wandelgängen mit den „Kollegen“ von der Deutschen Nationalen und der Deutschen „Volk“-Partei, den Großagrariern, Industriellen und reaktionären Beamten begrüßen und von den netten Barbaren sich als W. d. R. bewundern zu lassen.

Wahrlich: Es ist eine Lust zu leben. Kämpfen wir dafür für unsere nationalsozialistische Idee?

Opfern wir, damit es unsern Führern recht gut geht, Kraft, Zeit und Geld — stets einlagbereit auch mit unserem Leben?

Macht mit uns Front gegen diese Auswüchse! Duldet auch nicht,

daß jeder Gernegroß unter unsern „Führern“ sich aus Mitteln der Bewegung einen Luxuswagen kauft.

Wir sind gewiß die letzten, die sich dagegen wenden würden, daß sich die Bewegung jeden Fortschritt der Technik zu eigen macht, dazu gehören natürlich auch heute Automobile. Ist es aber nötig, daß das Geld durch den Ankauf luxuriöser ausgestatteter Wagen für einzelne Führer verschwendet wird, die dank unseres Opfermutes sowie vieler schon gutbezahlter Stellenungen in der Partei bestellden?

In unserm nationalsozialistischen Jahrbuch 1931 redet Dr. Goebbels mit Recht dem neuen nationalsozialistischen Lebensstil das Wort und wendet sich gegen die läbliche Speichermanier, auf Manschettenknöpfen und Biergläsern usw. die Gesinnung zur Schau zu tragen. Was tut er aber selbst?

Noch vor kurzem brachte der „Angriff“ Annoncen, in denen Gebäudausforschungen in Sakentanzformen angepriesen wurden.

Der „Wolkische Beobachter“ unseres Adolf Hitler verkauft für den Preis der Anzeigen die Gesinnung in gleicher Weise.

Schlamm genug auch, daß Dr. Frick sich neuerdings zum Hüter des Versailles Vertrages aufwirft. Nie haben wir die Rechtmäßigkeit des Verbotes sogenannter „militärischer Übungen“ anerkannt. Frick aber beantragt das Verbot der Reichsbannertruppe Gera in Thüringen wegen solcher Übungen und beruft sich dabei auf den Versailles Schandvertrag, der doch das beste Agitationsmittel für den Aufstieg unserer Partei ist. Ist Frick so dumm, nicht zu begreifen, daß er damit der schwarzen Koalition in Preußen das Recht zuerkennt, unsere SA zu verbieten, wenn wir bei Ausmärschen Übungen machen, die angeblich militärisch sind? Oder vertritt er bewußt unser außenpolitisches Programm durch unermehrlige Anerkennung des Versailles Vertrages?

Gegen: Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!

Sie — die Dummheit — würde ihn gewiß einschuldigen, nicht aber unsere Bewegung, die solche Leute als Führer duldet.

Für die bewußte Anerkennung des Versailles Vertrages, gibt es überhaupt keine Entschuldigung.

Warum bevorzugt man aber auch immer wieder Akademiker bei der Befetzung wichtiger Führerstellen? Auch in Berlin sieht es in dieser Hinsicht übel aus. Einen Doktor der Philosophie haben wir als Gauleiter, zwei Studienräte in maßgebender Position im Gaubüro, Gleichkommis werden fähigen Arbeitern bevorzugt.

Unseren Pg. Engel lassen die Bonzen der Gauleitung glücklicherweise in der Betriebszellenbewegung arbeiten. Da ist Engel unter seinesgleichen. Das Gaubüro und die Gauführung werden aber möglichst arbeiterfrei gehalten. Wozu nennen wir uns eigentlich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei? Damit die Herren Akademiker die Führerposten besetzen?

Männer ohne Ansehen der sogenannten „Bildung“, die doch meist nur Lünche ist, brauchen wir an der Spitze. Keine Akademiker, keine Wackelknechte. Erst recht nicht an der Stelle des obersten Führers der Partei. Ist es eines deutschen Mannes würdig, wenn er bei jeder Gelegenheit — sei es auch nur aus Theaterpielerei — Tränen vergießt? Ihr, die Ihr damals Anfang September an der Versammlung der SA im Kriegervereinshaus teilnahmte, werdet euch erinnern, wie

Adolf Hitler unter Vergießen von Tränen uns beschwor, „Zweitracht und Streit zu vergessen und einig weiter zu kämpfen. Das gleiche Schauspiel sah ich am 30. November bei der Besprechung der oberen SA-Führer in München sogar zweimal wiederholt.

Das erstemal, als er von einem SA-Kameraden sprach, den er wegen Waffentragens aus der Partei ausgeschlossen hatte. Das zweitemal,

als er von den Opfern redete, die er als Führer der Bewegung dieser bringe. Ihm sei als Führer der Bewegung jede Lebensfreude genommen, beteuerte er unter Tränen.

Ist das das Ideal eines echten deutschen und mutigen Mannes, der schon in der Parteiarbeit psychopathische Anwandlungen bekommt? Was soll erst im Dritten Reich werden?

Heil!

Einige Pg. und SA-Kameraden.

Jedweder Kommentar erübrigt sich. Hitler weint, Deutschland erwacht. Das Erwachen beginnt bei den Kampftruppen Adolfs Hitlers selbst. Sie sind zu dem richtigen Schluß gelangt: „Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.“

### Die Bürgersteuer

Wie sie ist und wie sie war

Die Bürgersteuer nahm ihren Ausgang von der Notverordnung des Reichskabinetts, die am 16. Juli 1930 erlassen wurde. Der Zweck der Bürgersteuer ist offen und klar. Durch die Bürgersteuer sollen vor allem jene Kreise erfasst werden, die durch die Steuerfahrgrenzen von direkten Belastungen verschont bleiben. Die kapitalistischen Kreise haben seit Jahren auf eine derartige Steuer hingearbeitet, um einen Ausgleich gegenüber den Steuern zu schaffen, die das Gewerbe und der Grundbesitz zu tragen haben. Aus diesen Gründen waren die Bestimmungen vom 26. Juli einfach und knapp. Sie legten erstens fest, welche Bevölkerungskreise von der Steuer erfasst werden sollten, und zweitens, welcher Steuerbetrag zu entrichten war.

Tatsächlich sind diese beiden Gesichtspunkte die entscheidenden für die Bewertung der Bürgersteuer. Der langmonatige Kampf um die Verbesserung dieser Steuer hat sich in der Hauptsache auf diese beiden Probleme beschränkt.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlicher Gegner der Bürgersteuer, durch die in der Hauptsache die Großverdiener geschont werden sollen. Sie hatte im aufgelösten Reichstage den Antrag gestellt, daß zum Ausgleich der Lasten, die insbesondere die Gemeinden durch die Wohlfahrtsunterstützungen zu tragen haben, zur Einkommensteuer ein zehnprozentiger Zuschlag erhoben werden sollte. Dadurch wären alle Einkommen, soweit sie steuerpflichtig sind, gleichmäßig belastet worden. Der Reichstag aber hatte diese Vorschläge abgelehnt. Die Reichsregierung verordnete die Bürgersteuer, und seither ist die Sozialdemokratie unausgesetzt bemüht gewesen, die Bürgersteuer im sozialen Sinne umzubauen.

Wer ist von der Zahlung der Bürgersteuer befreit?

- 1. Nach der Notverordnung vom 16. Juli:
  - a) Personen, die seit dem 10. September Krisenunterstützung bezogen hatten.

# Lohnabbauoffensive im Gange

## Spruch für die sächsische Metallindustrie

SPD Dresden, 30. Dezember.  
Am Montagabend wurde für die sächsische Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die Löhne der Arbeiter im allgemeinen um etwa 4 Prozent, die der Akkordarbeiter um etwa 5 Prozent gesenkt werden unter Aufrechterhaltung der bisherigen Ausgleichszulagen. Die neuen Sätze sollen für die Zeit vom 2. Januar bis zum 31. Mai 1931 gelten.

SPD Die Verhandlungen über den vom Verband mitteldeutscher Metallindustrieller für das Tarifgebiet Halle, Magdeburg und Anhalt geforderten Lohnabbau von 15 Prozent sind, wie vorauszu sehen war, am Montag in Halle nach fünfständiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Am 6. Januar tritt eine Schlichterkammer zwecks Fällung eines Schiedspruches zusammen.

Der vom mitteldeutschen Schlichter gefällte Schiedsspruch für die Thüringer Metallindustrie, der eine Senkung der Spitzenlöhne der einzelnen Lohngruppen vorsieht, ist von den Arbeitern abgelehnt worden. Die Unternehmer dagegen haben den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Die am Tage vor Weihnachten ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen wegen der Löhne in der Metallindustrie für die Bezirke Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal, Seckreis und Freiburg wurden gestern fortgeführt und haben abends zu einem Schlichtungsanspruch geführt, der vorsieht: für die Städte Frankenthal, Mannheim und Ludwigshafen 6 Prozent, für den Seckreis und den Bezirk Freiburg 5 Prozent Lohnabbau und Ermäßigung der Akkorde um den gleichen Prozentsatz. Das Lohnabkommen soll mit sechswöchiger Kündigungsfrist bis 30. September 1931 gelten.

## Tarif-Ründigung im Rheinland

SPD Arefeld, 29. Dezember.  
Der Verein der Metallindustriellen am linken Niederrhein mit dem Sitz in Arefeld hat die Ründigung sämtlicher Lohnverträge der Metallarbeiter für den 31. Januar 1931 ausgesprochen. Die Unternehmer fordern eine Ermäßigung der Löhne für Arbeiter in reinem Zeitlohn ab 1. Februar um 12 Prozent und ab 1. April in sämtlichen Gruppen und Altersklassen um 15 Prozent.

## Lohnsenkung oder Aussperrung

SPD Stuttgart, 30. Dezember.  
Der Arbeitgeberverband der württembergischen Textilindustrie hat beschlossen, ab 12. Januar die bisher gezahlten Löhne um durchschnittlich 10 Prozent zu kürzen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich mit der Kürzung nicht einverstanden erklären, haben sich nach einem Anschlag der Firmen als gekündigt zu betrachten. Seit April 1929 besteht in der württembergischen Textilindustrie ein tarifloser Zustand.

## Abbruch im Ruhrbergbau

SPD Essen, 30. Dezember.  
Die am Montagvormittag begonnenen Verhandlungen über die Neuregelung des Lohnvertrags für den Ruhrbergbau sind in später Abendstunde abgebrochen und auf Dienstag vertagt worden. Die Jochenbesitzer forderten im Verlauf der Verhandlung eine 12prozentige Lohnsenkung. Die Vertreter der Gewerkschaften legten übereinstimmend dar, daß eine Lohnsenkung für die Arbeiterklasse nicht tragbar und für die Jochen bei der gegenwärtigen Untkostenbasis nicht erforderlich sei.

A- Lesehalle

837